

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 52. Sitzung (18. TA)

des Ausschusses für

Stadtentwicklung, Bauen und Planen

am Montag, 31.08.2020, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG, Ratssaal
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend:

CDU

Ursula Behrendt

Ina Biermann-Tannenberger

Paul Hebbel

Bernhard Miesen

Rainer Schiefer

Frank Schönberger

Stv. Vorsitzender

SPD

Michael Hüther

Peter Ippolito

Reinhart Lührs

Iris Springer

Sven Tahiri

Vorsitzender

in Vertretung für Martin Krampf

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Roswitha Arnold

Klaus Wolf

BÜRGERLISTE

Karl Schweiger

OP

Michael Neuendorf

Aufbruch Leverkusen

Jürgen Clouth

FDP

Uwe Bartels

DIE LINKE.LEV

Gisela Kronenberg

Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderungen

Ulrike Haase-Mülleneisen

Es fehlen:

SPD

Martin Krampf

Soziale Gerechtigkeit

Uwe Bastian

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Mahmoud Taghavi

Anwesend:

Verwaltung

Andrea Deppe	Beigeordnete für Planen und Bauen
Sabine Heymann	Büro Baudezernat (60)
Oliver Ahrendt	Stadtplanung (61)
Ludwig Prieue	Stadtplanung (61)
Luise Küpper	Stadtplanung (61)
Alfred Görlich	Bauaufsicht (63)
Maria Kümmel	Gebäudewirtschaft (65)
Reinhard Schmitz	Tiefbau (66)
Lothar Schmitz	Stadtgrün (67)

Schriftführung:

Stefanie Krüger-Witte	Büro Baudezernat (60)
-----------------------	-----------------------

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>		<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung	6
2	Niederschriften	7
3	Klimaangepasste Arbeitszeit- und Raummodelle für Beschäftigte - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020 - Nr.: 2020/3691	7
4	Konzept zum Umgang mit klimasensiblen Lebensräumen und Arten sowie mit invasiven Arten - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020 - Nr.: 2020/3693	7
5	Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung zur Verbesserung der Klimasituation in den Quartieren - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020 - Nr.: 2020/3692	7
6	Verlängerung des Bahnhofsdaches in Opladen (Gleis 1 und 2/5) - Antrag der CDU-Fraktion vom 29.06.2020 - Nr.: 2020/3750	9
7	Vergnügungsstättenkonzept	9
7.1	Regelmäßiger Bericht zum Vergnügungsstättenkonzept - Antrag der CDU-Fraktion vom 07.07.2020 - Nr.: 2020/3765	9
7.2	"Lückenschluss" im Vergnügungsstättenkonzept - Antrag der CDU-Fraktion vom 14.07.2020 - m. Stn. v. 20.08.2020 - Nr.: 2020/3778	9
8	Bestandsschutz des Wilhelm-Dopatka-Stadtparks - Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 17.07.2020 - m. Stn. v. 21.08.2020 - Nr.: 2020/3770	11
9	Umbau zur "grünen" Hauptstraße und Schaffung eines Marktplatzes auf der unteren Nobelstraße - Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 20.07.2020 - Nr.: 2020/3783	11
10	Einrichtung einer städtischen Dienstleistungsgesellschaft zum Neu- und Umbau städtischer Gebäude	12
10.1	Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2020 zum Antrag Nr. 2020/3807 - Nr.: 2020/3857	12
10.2	Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 06.08.2020 - Nr.: 2020/3807	12
11	Bebauungsplan Nr. 58/79/II - 2. Änderung "Am Hühnerberg" - Beschluss über die öffentliche Auslegung - Beschluss über die eingegangenen Äußerungen (Abwägung) - Nr.: 2018/2381	13

12	Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 30/III "Alkenrath – KITA zwischen Geschwister-Scholl-Straße und Teich" - Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss - Nr.: 2020/3697	16
13	Ort der Generationen - Werkstatt für Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen Leverkusen mit Räumen für die Jugendwerkstatt (JWL) der Stadt Leverkusen, für den JOB Service Beschäftigungsförderung Leverkusen gGmbH (JSL) und für den Verein Dampfbahn Leverkusen e.V. (DBL) - Planungsbeschluss - Nr.: 2020/3639	17
14	Sanierung der 5-fach Sporthalle der Gesamtschule Schlebusch - Planungs- und Baubeschluss - Nr.: 2020/3719	17
15	Hugo-Kükelhaus-Schule - Schülerzahlenentwicklung - Einrichtung einer vorübergehenden Dependence am Containerstandort Von-Diergardt-Straße 69a - Nr.: 2020/3729	17
16	Änderung der Friedhofssatzung - Nr.: 2020/3767	18
17	Aufstellen von Warnschildern am Rhein - Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 17.08.2020 - Nr.: 2020/3832	18
18	Prüfung der Einrichtung einer Schnellbuslinie Monheim - Leverkusen - Köln - Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 18.08.2020 - m. Stn. v. 26.08.2020 - Nr.: 2020/3833	19
19	Errichtung von Trinkbrunnen	19
19.1	Öffentlich zugängliche Trinkwasserangebote - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020 - Nr.: 2020/3694	19
19.2	Verwaltungsvorlage - Nr.: 2020/3847	19
20	Steinbüchel "Fettehenne" - Einrichtung eines Nahversorgungszentrums	20
20.1	14. Änderung des Flächennutzungsplanes in Steinbüchel im Bereich „Charlottenburger Straße/Berliner Straße" - Beschluss über Äußerungen während der frühzeitigen Beteiligung - Beschluss über die öffentliche Auslegung - Nr.: 2020/3405	20
20.2	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. V 31/III "Steinbüchel (Fettehenne) - Einzelhandel Berliner Straße/Charlottenburger Straße/Teltower Straße - Beschluss über die öffentliche Auslegung - Nr.: 2020/3406	20
21	Leistungserweiterung und Optimierung des ÖPNV-Angebotes auf der Linie 253 (Abschnitt Opladen - Leichlingen) - Nr.: 2020/3813	23
22	Koordinierungsstelle mit der WGL zur Begrünung von Dächern und Fassaden	23

22.1	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3349 - m. Stn. v. 21.08.20 - Nr.: 2020/3394	23
22.2	Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19 - m. Stn. v. 21.08.2020 - Nr.: 2019/3349	23
23	Luftqualität in Schulen	24
23.1	Wirksame Durchlüftung von Unterrichtsräumen - Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 17.08.2020 - Nr.: 2020/3838	24
23.2	Luftqualität in Klassenzimmern - Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2020 - Nr.: 2020/3840	24
24	Nachrüstung Belüftungsanlagen - Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2020 - Nr.: 2020/3863	24
25	Planung von Kindertagesstätten im Stadtgebiet Leverkusens - Antrag der Gruppe FDP vom 28.08.2020 - Nr.: 2020/3864	25
	Bericht der Dezernentin	26
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 5/2020)	27

Nichtöffentliche Sitzung

Seite

1	Eröffnung der Sitzung.....	28
2	Kita Im Dorf 2a - Verlängerung der Festmietzeit - Nr.: 2020/3810.....	
	Bericht der Dezernentin.....	
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 5/2020).....	

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Rh. Ippolito (SPD) eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Da es sich um die letzte reguläre Sitzung im laufenden Tagungsabschnitt handelt, wendet sich Frau Beigeordnete Deppe mit einer persönlichen Erklärung an den Ausschuss. Frau Beigeordnete Deppe bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die vergangenen sechs Jahre der guten Ausschussarbeit, den manchmal kontroversen Diskussionen und den vielen guten Projekten, die der Ausschuss mit seinen Beschlussempfehlungen und Entscheidungen auf den Weg gebracht hat.

Besonders bedankt sich Frau Beigeordnete Deppe bei denen aus der Politik ausscheidenden Ratsmitgliedern, Rf. Behrendt (CDU) sowie Rh. Paul Hebbel (CDU), Herrn Schiefer (CDU) sowie dem Vorsitzenden, Rh. Ippolito (SPD). Frau Beigeordnete Deppe hebt hierbei hervor, dass Rh. Ippolito (SPD) die Sitzungen des Ausschusses mit seiner großen politischen Erfahrung und Übersicht stets sehr eloquent geleitet und auch manches Mal - wenn nötig - mit starker Stimme wieder zur Sachlichkeit zurückgeführt hat.

Die Ausschussmitglieder wenden sich sodann in persönlichen Erklärungen, mit großem Lob und Dank und den besten Wünschen für die Zukunft an den Vorsitzenden. Rh. Ippolito (SPD) bedankt sich hierfür herzlich.

Zur Arbeitstagesordnung lässt Rh. Ippolito (SPD) sodann zu den vorliegenden Tischanträgen wie folgt abstimmen:

Zum Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2020, Nr. 2020/3863, Nachrüstung Belüftungsanlagen:

dafür: 10 (6 CDU, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Aufbruch Leverkusen,
1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 5 (SPD)
Enth.: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 OP)

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) war bei der Abstimmung nicht zugegen.

Der Antrag wird als Tagesordnungspunkt 24 auf die Tagesordnung aufgenommen.

Zum Antrag der Gruppe FDP vom 28.08.2020, Nr. 2020/3864, Planung von Kindertagesstätten im Stadtgebiet Leverkusens:

dafür: 1 (FDP)
dagegen: 17 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGER-
LISTE, 1 OP, 1 Aufbruch Leverkusen, 1 DIE LINKE.LEV)

Der verspätet gestellte Antrag wird somit nicht auf die Tagesordnung aufgenom-
men.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt zum Tagesordnungspunkt
19.1, Öffentlich zugängliche Trinkwasserangebote, Antrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020, Nr. 2020/3694, dass dieser
nicht, wie in der Sitzung des Bürger- und Umweltausschusses angegeben
wurde, erledigt ist und eine Beratung im laufenden Turnus erfolgen soll.

Rh. Ippolito (SPD) stellt abschließend zur Tagesordnung in Frage, ob der
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen für eine Behandlung der
auf der nichtöffentlichen Tagesordnung stehenden Vorlage „Kita Im Dorf 2a -
Verlängerung der Festmietzeit“, Vorlage Nr. 2020/3810, sachlich zuständig ist
und lässt den Ausschuss über eine Nichtbehandlung abstimmen:

- einstimmig -

Damit ist die nichtöffentliche Sitzung nicht erforderlich.

2 Niederschriften

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift über die 51. Sitzung des Ausschus-
ses für Stadtentwicklung, Bauen und Planen vom 08.06.2020 zur Kenntnis.

3 Klimaangepasste Arbeitszeit- und Raummodelle für Beschäftigte - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020 - Nr.: 2020/3691

4 Konzept zum Umgang mit klimasensiblen Lebensräumen und Arten sowie mit invasiven Arten - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020 - Nr.: 2020/3693

5 Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung zur Verbesserung der Klimasitu- ation in den Quartieren - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020 - Nr.: 2020/3692

Der Tagesordnungspunkt 3, Klimaangepasste Arbeitszeit- und Raummodelle
für Beschäftigte, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom
04.06.2020, Nr. 2020/3691, Tagesordnungspunkt 4, Konzept zum Umgang
mit klimasensiblen Lebensräumen und Arten sowie mit invasiven Arten, An-

trag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020, Nr. 2020/3693 sowie Tagesordnungspunkt 5, Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung zur Verbesserung der Klimasituation in den Quartieren, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020, Nr. 2020/3692 werden gemeinsam beraten.

Rh. Paul Hebbel (CDU) bittet bezugnehmend auf alle drei Anträge um einen Bericht durch das Dezernat III in der nächsten Ratssitzung, in welchen zeitlichen Schritten innerhalb des nächsten halben Jahres das beschlossene Klimaanpassungskonzept umgesetzt werden soll und inwiefern es erforderlich ist, zu den Punkten des Konzeptes im Folgenden noch einzelne Anträge zu stellen.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert die einzelnen Anträge ihrer Fraktion.

Rh. Tahiri (SPD) sowie Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) beantragen, die Anträge wie in der Sitzung des Bürger- und Umweltausschusses am 27.08.2020 für erledigt erklären zu lassen.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Anträge auf Erledigung einzeln abstimmen.

Antrag Klimaangepasste Arbeitszeit- und Raummodelle für Beschäftigte, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020, Nr. 2020/3691, TOP 3:

dafür: 9 (5 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 Aufbruch Leverkusen, 1 FDP)
dagegen: 8 (6 CDU, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Enth.: 1 (DIE LINKE.LEV)

Antrag Konzept zum Umgang mit klimasensiblen Lebensräumen und Arten sowie mit invasiven Arten, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020, Nr. 2020/3693, TOP 4

dafür: 16 (6 CDU, 5 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 Aufbruch Leverkusen, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antrag Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung zur Verbesserung der Klimasituation in den Quartieren, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020, Nr. 2020/3692, TOP 5

dafür: 16 (6 CDU, 5 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 Aufbruch Leverkusen, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit sind alle drei Anträge erledigt.

- 6 Verlängerung des Bahnhofsdaches in Opladen (Gleis 1 und 2/5)
- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.06.2020
- Nr.: 2020/3750

Rh. Paul Hebbel (CDU) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig -

- 7 Vergnügungsstättenkonzept

- 7.1 Regelmäßiger Bericht zum Vergnügungsstättenkonzept
- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.07.2020
- Nr.: 2020/3765

- 7.2 "Lückenschluss" im Vergnügungsstättenkonzept
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.07.2020
- m. Stn. v. 20.08.2020
- Nr.: 2020/3778

Die Tagesordnungspunkte 7.1, Regelmäßiger Bericht zum Vergnügungsstättenkonzept, Antrag der CDU-Fraktion vom 07.07.2020, Nr. 2020/3765 sowie 7.2, "Lückenschluss" im Vergnügungsstättenkonzept, Antrag der CDU-Fraktion vom 14.07.2020, m. Stn. v. 20.08.2020, Nr. 2020/3778 werden gemeinsam beraten.

Frau Beigeordnete Deppe informiert den Ausschuss im Vorgriff auf den Bericht der Dezernentin bezüglich der Möglichkeiten der zukünftigen Steuerung von Vergnügungsstätten in Bebauungsplänen. Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass hierzu aktuelle Ergebnisse aus einer Fortbildung von Mitarbeitern des Fachbereichs Stadtplanung vorliegen:

Die jüngste Diskussion um die Ansiedlung von Wettannahmestellen im Stadtgebiet Leverkusens wirft die Frage auf, inwieweit Wettannahmestellen über Festsetzungen in Bebauungsplänen gezielt gesteuert werden können.

Folgende Vorgehensweise wurde dem Fachbereich Stadtplanung in diesem Zusammenhang von Dr. Rainer Voß (Lenz und Johlen) an die Hand gegeben:

- § 1 Abs. 5 Baunutzungsverordnung (BauNVO) erlaubt eine Gliederung der Baugebiete nach zulässigen Nutzungen.
- § 1 Abs. 9 BauNVO erlaubt, Bezug nehmend auf Abs. 5 die sog. „Superfeingliederung“, mit der nur bestimmte Arten der in den Baugebie-

ten zulässigen Nutzungen ausgeschlossen werden können.

In Bezug auf den Ausschluss von reinen Wettannahmestellen wird empfohlen eine solche o. g. Feingliederung vorzunehmen. Dabei sollen nur die sog. „Sport-Wettannahmestellen“ ausgeschlossen werden. Herr Dr. Voss rät darüber hinaus dazu, noch einen Schritt weiter zu gehen (es ist damit zu rechnen, dass in diesem Fall seitens der Wettbürobetreiber ein zusätzlicher kleiner Kioskbetrieb angemeldet wird) und zusätzlich eine verkaufsgrößenbezogene Komponente in die Festsetzung zu bringen.

Bsp. 1: Einfache und schnelle Lösung

„Gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO werden Wettannahmestellen im Plangebiet ausgeschlossen.“

Hintergrund:

Der klassische Kiosk, der Lottoscheine annimmt, ist durch diese Regelung nicht betroffen, da die Annahme von Lottoscheinen keine Wettannahmestelle, sondern eine Glücksspielannahmestelle ist.

Die Gefahr besteht, dass seitens der Betreiber von Wettannahmestellen zusätzlich Zeitungen verkauft werden und die Annahmestelle unter Kioskbedarf weiterhin zulässig wäre.

Bsp. 2: Weitergehende Lösung

„Gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO werden Wettannahmestellen mit einem Anteil der Ladenfläche für Wettannahmen von 10 % oder höher im Plangebiet ausgeschlossen.“

Hintergrund:

Der klassische Kiosk der Lottoscheine annimmt, ist durch diese Regelung nicht betroffen, da die Annahme von Lottoscheinen keine Wettannahmestelle, sondern eine Glücksspielannahmestelle ist.

Trotzdem gibt es Kioske die auch Sportwetten (Lotto Toto Sportwetten) annehmen. Diese sind durch die zusätzliche Flächenkomponente dann zulässig.

Die Flächenkomponente verhindert darüber hinaus, dass die reinen Wettannahmestellen zusätzlich Zeitungen verkaufen und dann unter Kioskbedarf weiterhin zulässig wären.

Frau Beigeordnete Deppe betont, dass hierbei zu beachten ist, dass zukünftige Festsetzungen in Bebauungsplänen ausschließlich Wettannahmestellen in neuen oder neu geänderten Bebauungsplänen betreffen.

Frau Beigeordnete Deppe führt zudem zum Antrag Nr. 2020/3765, TOP 7.1, aus, dass der beantragte Bericht nicht nur das Dezernat für Planen und Bauen (V), sondern auch das Dezernat für Finanzen, Recht und Ordnung (II) betrifft und auch eine Genehmigung der Bezirksregierung erforderlich ist. Daher, so Frau Beigeordnete Deppe, ist hier noch mit dem Fachbereich Oberbürgermeister, Rat und Bezirke abzustimmen, wie der Bericht an die Politik erfolgt

Nach eingehender Diskussion lässt Rh. Ippolito (SPD) über die Anträge abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat zum Antrag Nr. 2020/3765, TOP 7.1:

Wie Antrag

- einstimmig -

Beschlussempfehlung an den Rat zum Antrag Nr. 2020/3778, TOP 7.2:

Wie Antrag

dafür: 7 (6 CDU, 1 Aufbruch Leverkusen)

dagegen: 11 (5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)

- 8 Bestandsschutz des Wilhelm-Dopatka-Stadtparks
- Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 17.07.2020
- m. Stn. v. 21.08.2020
- Nr.: 2020/3770

Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) erläutert den Antrag ihrer Gruppe.

Rh. Schönberger (CDU), Herr Bartels (FDP) sowie Rh. Tahiri (SPD) betonen den rein deklaratorischen Charakter des Antrags, da im Rahmen der aktuellen Ausweisungen im Flächennutzungsplan die Fläche entsprechend geschützt ist.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 3 (2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE.LEV)

dagegen: 15 (6 CDU, 5 SPD, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 Aufbruch Leverkusen, 1 FDP)

- 9 Umbau zur "grünen" Hauptstraße und Schaffung eines Marktplatzes auf der unteren Nobelstraße
- Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 20.07.2020
- Nr.: 2020/3783

Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) erläutert den Antrag ihrer Gruppe.

Frau Beigeordnete Deppe stellt dar, dass die Verwaltung das Thema einer verkehrsberuhigten Hauptstraße bereits auf die Arbeitsprogramme der Verwaltung im Rahmen der Stadtentwicklung (InHK Wiesdorf, Anbindung an den Rhein) sowie dem Mobilitätskonzept gesetzt hat.

Nach eingehender Diskussion stellt Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) den Antrag auf Vertagung in eine kommende Sitzung des Ausschusses im neuen Tagungsabschnitt.

Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) ist mit der Vertagung einverstanden.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vertagung abstimmen:

- einstimmig -

10 Einrichtung einer städtischen Dienstleistungsgesellschaft zum Neu- und Umbau städtischer Gebäude

10.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2020 zum Antrag Nr. 2020/3807
- Nr.: 2020/3857

10.2 Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 06.08.2020
- Nr.: 2020/3807

Die Tagesordnungspunkte 10.1, Einrichtung einer städtischen Dienstleistungsgesellschaft zum Neu- und Umbau städtischer Gebäude, Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2020 zum Antrag Nr. 2020/3807, Nr. 2020/3857 sowie 10.2, Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 06.08.2020, Nr. 2020/3807 werden gemeinsam behandelt.

Frau Beigeordnete Deppe führt aus, dass die Gründung einer Dienstleistungsgesellschaft im Hinblick auf den Personalmangel in den Fachbereichen nicht hilfreich ist, da diese Gesellschaften immer eng mit der Verwaltung zusammenarbeiten und daher auf eine personell gut ausgestattete Verwaltung angewiesen sind. In diesem Zusammenhang informiert Frau Beigeordnete Deppe den Ausschuss im Vorgriff auf den Bericht der Dezernentin bezüglich der Untersuchung der Gemeindeprüfungsanstalt (gpa) beim Fachbereich Gebäudewirtschaft:

Im Zeitraum zwischen Juli 2019 und Januar 2020 wurde eine Organisationsuntersuchung des Fachbereichs Gebäudewirtschaft durch die gpa beauftragt. In Abstimmung zwischen dem Dezernat V und II wurden aus finanziellen Mitteln des Landes (Konsolidierungshilfen aus dem Stärkungspakt) eine Untersuchung in den Abteilungen Hochbau und Technische Gebäudeausstattung (Abteilungen 651/652) von dem externen Beratungsunternehmen Rinke Kommunal Team durchgeführt. Im Wesentlichen ging es um die Bereiche des Fachbereichs, die sich um größere Bauprojekte kümmern.

Die Ergebnisse wurden am 18.02.2020 dem Lenkungsausschuss vorgestellt und von dort zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung liegt in der Verantwor-

tung der Verwaltung.

Die wichtigsten Ergebnisse bzw. Handlungsempfehlungen sind:

- Ausgehend vom Volumen der zu bearbeitenden Bauprojekte fehlen den beiden Abteilungen insgesamt 11 Personalstellen.
- Im Fachbereich fehlt eine moderne CAFM (Computer-Aided Facility Management) -Software, die effizientes und rechtssicheres Arbeiten ermöglicht.
- Der Aufbau eines Amts- und Dezernatscontrolling wird empfohlen.
- Aufbauend auf noch festzulegende Kennzahlen sollten die Bauprojekte priorisiert werden.
- Die Funktion der „technischen Objektverantwortung“ ist einzuführen.
- Es wird empfohlen, den Bereich der Bauunterhaltung ebenfalls noch zu untersuchen.

Die Umsetzung dieser verschiedenen Maßnahmen läuft derzeit. Die 11 zusätzlichen Stellen wurden bereits bewilligt und werden in Kürze ausgeschrieben. Frau Beigeordnete Deppe zeigt sich zuversichtlich, dass die Stellen auch besetzt werden können.

Im Anschluss an den Bericht erfolgt im Ausschuss eine kontroverse Diskussion.

Herr Neuendorf (OP) schließt sich dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 27.08.2020, Antrag Nr. 2020/3857 zu TOP 10.1 an und zieht den Antrag seiner Fraktion vom 06.08.2020, Nr. 2020/3807 zurück.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über den Antrag zu Tagesordnungspunkt 10.1 abstimmen:

Beschlussempfehlung an den Rat zum Änderungsantrag Nr. 2020/3857:

Wie Antrag

dafür: 7 (5 SPD, 1 OP, 1 Aufbruch Leverkusen)

dagegen: 11 (6 CDU, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)

- 11 Bebauungsplan Nr. 58/79/II - 2. Änderung "Am Hühnerberg"
- Beschluss über die öffentliche Auslegung
- Beschluss über die eingegangenen Äußerungen (Abwägung)
- Nr.: 2018/2381

Frau Biermann-Tannenberger (CDU) sowie Herr Hüther (SPD) fordern die Verwaltung auf, im weiteren Bebauungsplanverfahren die Verkehrssituation

„Am Hühnerberg“ in Bezug auf ruhenden Verkehr sowie auf die Ausfahrtsituation im Bereich der Pommernstraße zu entschärfen.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Planen folgt der Beschlussempfehlung der Verwaltung zum Umgang mit den vorgebrachten Äußerungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) (Äußerungen I/A) sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (Äußerungen I/B) sowie der städtischen Betriebe gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (Äußerungen I/C) (Anlage 7 der Vorlage).

I/A Äußerungen der Öffentlichkeit:

I/A 1 Bürger

I/B Äußerungen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange:

I/B 1 Industrie- und Handelskammer zu Köln
An der Schusterinsel 2
51379 Leverkusen

I/B 2 Geologischer Dienst NRW
De-Greif-Straße 195
47803 Krefeld

I/B 3 Fachbereich 30 - KBD (Kampfmittelbeseitigungsdienst) - Bezirksregierung Düsseldorf
Postfach 300865
40408 Düsseldorf

I/B 4 E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG
E-Plus-Straße 1
40472 Düsseldorf

I/B 5 LVR - Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland
Endericher Straße 133
53115 Bonn

I/B 6 PLEdoc GmbH
Postfach 120255
45312 Essen

I/B 7 Polizeipräsidium Köln

Walter-Pauli-Ring 2-6
51103 Köln

I/B 8 Telefonica Germany GmbH & Co. OHG
Überseering 33a
22297 Hamburg

I/B 9 Unitymedia NRW GmbH
Postfach 102028
34020 Kassel

I/B 10 Vodafone GmbH
D2-Park
40878 Ratingen

I/B 11 WGL (Wohnungsgesellschaft Leverkusen GmbH)
Heinrich-von-Stefan-Straße 6
51373 Leverkusen

I/C Äußerungen der städtischen Betriebe:

I/C 1 TBL (Technische Betriebe der Stadt Leverkusen AöR)
Postfach 101135
51311 Leverkusen

I/C 2 EVL (Energieversorgung Leverkusen GmbH & Co. KG)
Overfeldweg 23
51371 Leverkusen

2. Dem Bebauungsplanentwurf Nr. 58/79/II - 2. Änderung „Am Hühnerberg“ einschließlich Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 4 und Anlage 6 der Vorlage) zugestimmt.
3. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB an der Planung zu beteiligen. Der Bebauungsplanentwurf einschließlich Begründung ist für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, öffentlich auszulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II.

- einstimmig -

- 12 Vorhabenbezogener Bebauungsplan V 30/III "Alkenrath – KITA zwischen Geschwister-Scholl-Straße und Teich"
- Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss
- Nr.: 2020/3697

Herr Hüther (SPD) bittet die Verwaltung um eine dreidimensionale Darstellung, wie sich das geplante Gebäude in die Umgebung einfügt. Frau Beigeordnete Deppe sagt dies zu.

Herr Wolf (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) regt an, die Parkflächen an der Frontseite der KITA zu begrünen.

Beschluss:

1. Gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird dem Antrag der Vorhabenträgerin „Projekt Bürgerbusch-Alkenrath UG“ (Anlagen 2 - 3 der Vorlage) zur Einleitung des Aufstellungsverfahrens für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan und Vorhaben- und Erschließungsplan stattgegeben.
2. Für das im Folgenden näher bezeichnete Plangebiet wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gemäß § 12 BauGB beschlossen. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird entsprechend § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt.
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan erhält die Bezeichnung V 30/III „Alkenrath - KITA zwischen Geschwister-Scholl-Straße und Teich“.
4. Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Schlebusch, Flur 4, und beinhaltet das Flurstück 733. Die genaue Abgrenzung des Plangebiets ist der Darstellung in Anlage 1 der Beschlussvorlage zu entnehmen.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III.

- einstimmig -

- 13 Ort der Generationen - Werkstatt für Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen Leverkusen mit Räumen für die Jugendwerkstatt (JWL) der Stadt Leverkusen, für den JOB Service Beschäftigungsförderung Leverkusen gGmbH (JSL) und für den Verein Dampfbahn Leverkusen e.V. (DBL)
- Planungsbeschluss
- Nr.: 2020/3639

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 14 Sanierung der 5-fach Sporthalle der Gesamtschule Schlebusch
- Planungs- und Baubeschluss
- Nr.: 2020/3719

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 15 Hugo-Kükelhaus-Schule
- Schülerzahlenentwicklung
- Einrichtung einer vorübergehenden Dependance am Containerstandort Von-Diergardt-Straße 69a
- Nr.: 2020/3729

Frau Haase-Mülleneisen (Mitglied des Beirates für Menschen mit Behinderungen) bittet die Verwaltung, auch an dem Containerstandort für Barrierefreiheit zu sorgen.

Frau Biermann-Tannenberger (CDU) beantragt, im Beschlussentwurf als zusätzlichen Beschlusspunkt wie folgt zu ergänzen:

6. In dem Haushaltsplan für das Jahr 2021 werden die erforderlichen Planungsmittel in Höhe von 500.000 € für die Schulerweiterung etatisiert.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage mit vorgenannter Ergänzung

- einstimmig -

- 16 Änderung der Friedhofssatzung
- Nr.: 2020/3767

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 17 Aufstellen von Warnschildern am Rhein
- Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 17.08.2020
- Nr.: 2020/3832

Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) erläutert den Antrag ihrer Gruppe. Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) präsentiert ein Schild mit Piktogrammen, das in mehreren Sprachen vor dem Schwimmen im Rhein warnt, auf die Lebensgefahr hinweist und zusätzlich die entsprechende Rheinkilometerstelle angibt, die bei einem Notruf erforderlich ist.

Frau Beigeordnete Deppe erläutert, dass es aufgrund der allgemein bestehenden sehr hohen Lebensgefahr beim Schwimmen im Rhein aus Sicht der Feuerwehr nicht sinnvoll ist, bestimmte Aufstellplätze für Warnschilder zu priorisieren, da dies so an nicht beschilderten Stellen eine vermeintliche Ge-
eignetheit als Badestelle vermitteln könnte.

Die Aufstellung von Schildern wird kontrovers diskutiert. Rh. Schönberger (CDU) schlägt vor, den Antrag in einen Prüfauftrag für die Verwaltung zu ändern. Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) stimmt dem zu.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

dafür: 14 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 3 (1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 FDP)
Enth.: 1 (Aufbruch Leverkusen)

- 18 Prüfung der Einrichtung einer Schnellbuslinie Monheim - Leverkusen - Köln
- Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 18.08.2020
- m. Stn. v. 26.08.2020
- Nr.: 2020/3833

Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) erläutert den Antrag ihrer Gruppe.

Rh. Ippolito (SPD) fasst das Ergebnis der eingehenden Diskussion im Ausschuss zusammen und schlägt vor, die weitere Verbindung der Schnellbuslinie mit dem Kölner Hauptbahnhof aus dem Antrag zu streichen. Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) ist mit dieser Änderung einverstanden.

Rh. Ippolito (SPD) lässt wie folgt über den Antrag abstimmen:

Beschluss:

Die Verwaltung beantragt die Prüfung der Einrichtung einer Schnellbuslinie, die von Monheim kommend, mit möglichst wenig Haltepunkten in Hitdorf, Rheindorf-Süd und Wiesdorf die Stadt mit dem Kölner Norden verbinden soll. Zudem nimmt die Verwaltung mit der Stadt Monheim Kontakt auf, um sich im Fall einer positiven Prüfung gemeinsam für eine Realisierung stark zu machen.

- einstimmig -

- 19 Errichtung von Trinkbrunnen

- 19.1 Öffentlich zugängliche Trinkwasserangebote
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020
- Nr.: 2020/3694

- 19.2 Verwaltungsvorlage
- Nr.: 2020/3847

Die Tagesordnungspunkte 19.1, Öffentlich zugängliche Trinkwasserangebote, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.06.2020, Nr. 2020/3694, sowie 19.2, Errichtung von Trinkbrunnen, Verwaltungsvorlage, Nr. 2020/3847, werden gemeinsam diskutiert.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt dar, dass der Antrag ihrer Fraktion nicht – wie dargestellt – in der Sitzung des Bürger- und Umweltausschusses vom 27.08.2020 als erledigt erklärt worden ist. Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont, dass aufgrund des Klimawandels keine Anzahl für Trinkwasserstellen festgelegt werden sollte, sondern es um eine grund-

sätzliche Verfügbarkeit von Trinkwasser im öffentlichen Raum gehen muss.

Frau Biermann-Tannenberger (CDU) schlägt beziehend auf die Verwaltungsvorlage Nr. 2020/3847 zu TOP 19.2 vor, dass pro Stadtbezirk ein Testbrunnen errichtet werden sollte und die Stadtbezirke über den Standort entscheiden.

Frau Haase-Mülleneisen (Beirat für Menschen mit Behinderungen) fordert, dass die Trinkbrunnen für Menschen mit Behinderungen zugänglich und nutzbar sein müssen.

Rh. Ippolito (SPD) formuliert entsprechend dem Vorschlag von Frau Biermann-Tannenberger (CDU) als Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage Nr. 2020/3847: Es wird zunächst jeweils ein Trinkbrunnen pro Stadtbezirk errichtet. Über den Standort entscheiden die jeweiligen Bezirksvertretungen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage mit vorgenannter Änderung

dafür: 16 (6 CDU, 5 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 Aufbruch Leverkusen)

Über den Antrag zu TOP 19.1, Antrag Nr. 2020/3694, findet keine Abstimmung statt.

- 20 Steinbüchel "Fettehenne" - Einrichtung eines Nahversorgungszentrums
- 20.1 14. Änderung des Flächennutzungsplanes in Steinbüchel im Bereich „Charlottenburger Straße/Berliner Straße“
 - Beschluss über Äußerungen während der frühzeitigen Beteiligung
 - Beschluss über die öffentliche Auslegung
 - Nr.: 2020/3405
- 20.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. V 31/III "Steinbüchel (Fettehenne) - Einzelhandel Berliner Straße/Charlottenburger Straße/Teltower Straße
 - Beschluss über die öffentliche Auslegung
 - Nr.: 2020/3406

Die beiden Vorlagen zum Tagesordnungspunkt 20, Steinbüchel "Fettehenne" - Einrichtung eines Nahversorgungszentrums, 20.1 14. Änderung des Flächennutzungsplanes in Steinbüchel im Bereich „Charlottenburger Straße/Berliner Straße“, Beschluss über Äußerungen während der frühzeitigen Beteiligung, Beschluss über die öffentliche Auslegung, Vorlage Nr. 2020/3405 sowie 20.2, Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. V 31/III

"Steinbüchel (Fettehenne) - Einzelhandel Berliner Straße/Charlottenburger Straße/Teltower Straße, Beschluss über die öffentliche Auslegung, Vorlage Nr. 2020/3406, werden gemeinsam diskutiert.

Frau Biermann-Tannenberger (CDU) gibt folgende Punkte zu Protokoll, die aus Sicht der CDU-Fraktion im weiteren Verfahren betrachtet werden sollen:

1. Es soll durch die Investorin geprüft werden, ob nicht mehr Wohnungen mit größeren Zuschnitten errichtet werden können.
2. Da es zu Lärmsteigerungen durch das Nahversorgungszentrum kommen wird, sollen die Technischen Betriebe der Stadt Leverkusen AöR (TBL) die für das Jahr 2023 geplante Maßnahme für Flüsterasphalt auf der Berliner Straße in der Priorisierung nach vorne ziehen und baldmöglichst umsetzen.
3. Die Verkehrsabwicklung der Ein- und Ausfahrt von der Teltower Straße auf die Berliner Straße führt in Spitzenzeiten zu Problemen und muss daher erneut auf den Prüfstand.
4. Der ruhende Verkehr im Umfeld des Plangebietes ist ebenfalls in die Betrachtung mit einzubeziehen; ebenso wie das Erfordernis der Anzahl an Fahrradabstellplätzen, die schon nach der neuen, noch zu beschließenden Stellplatzsatzung berechnet wurden.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet, insbesondere während der Baumaßnahme für eine Schulwegsicherung zu sorgen.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hält wie auch Herr Bartels (FDP) die Anzahl der Fahrradabstellplätze bei einer zukünftigen Änderung des Mobilitätsverhaltens für angemessen.

Auf Nachfrage von Herrn Neuendorf (OP) erläutert Herr Ahrendt (61), welche Inhalte über den Durchführungsvertrag mit der Investorin geregelt werden. Vertragsinhalte sind die Fristen, bis zu welchem Zeitpunkt das Vorhaben fertig gestellt werden soll; die Verteilung der anfallenden Kosten bei dem Planverfahren; Klauseln für den Fall, dass das Vorhaben nicht fertig gestellt wird; Bestimmungen zu den Werbeanlagen im Plangebiet sowie Schutzregelungen für das im Plangebiet vorhandene Denkmal.

Rh. Ippolito (SPD) lässt über die beiden Vorlagen abstimmen:

Beschluss zur 14. Änderung des Flächennutzungsplanes in Steinbüchel im Bereich „Charlottenburger Straße/Berliner Straße“

- Beschluss über Äußerungen während der frühzeitigen Beteiligung
- Beschluss über die öffentliche Auslegung
- Nr.: 2020/3405

1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) (Äußerungen I/A) sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB (Äußerungen I/B) sowie der städtischen Fachbereiche und Betriebe (Äußerungen I/C) vorgebrachten Äußerungen wird gemäß Beschlussentwurf

der Verwaltung (Anlage 1 der Vorlage) entschieden. Die Anlage ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Die 14. Änderung des Flächennutzungsplanes in Steinbüchel im Bereich „Charlottenburger Straße/Berliner Straße“ (Anlage 2 der Vorlage) einschließlich der Begründung (Anlage 3 der Vorlage) wird in der vorliegenden Fassung als Entwurf beschlossen.
3. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB an der Planung zu beteiligen. Der Entwurf der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung einschließlich Umweltbericht und den bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen ist für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, öffentlich auszulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III.

- einstimmig -

Beschluss zum vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. V 31/III "Steinbüchel (Fettehenne) - Einzelhandel Berliner Straße/Charlottenburger Straße/Teltower Straße

- Beschluss über die öffentliche Auslegung

- Nr.: 2020/3406:

1. Dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung zu den in der frühzeitigen Beteiligung vorgebrachten Äußerungen (Anlage 6 der Vorlage) wird gefolgt.
2. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanverfahrens Nr. V 31/III „Steinbüchel (Fettehenne) - Einzelhandel Berliner Straße/Charlottenburger Straße/Teltower Straße" wird erweitert (östliche Wohnenerweiterung).
3. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. V 31/III „Steinbüchel (Fettehenne) - Einzelhandel Berliner Straße/Charlottenburger Straße/Teltower Straße" (Anlage 3 der Vorlage) einschließlich der Begründung (Anlage 5 der Vorlage) wird in der vorliegenden Fassung als Entwurf beschlossen.
4. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und die Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit der diesem Beschluss beigefügten Begründung für die Dauer eines Monats, mindestens 30 Tage, öffentlich zu beteiligen.

Die Beschlussfassung erfolgt vorbehaltlich des Beitrittsbeschlusses der Be-

zirksvertretung für den Stadtbezirk III.

- einstimmig -

- 21 Leistungserweiterung und Optimierung des ÖPNV-Angebotes auf der Linie 253 (Abschnitt Opladen - Leichlingen)
- Nr.: 2020/3813

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig -

- 22 Koordinierungsstelle mit der WGL zur Begrünung von Dächern und Fassaden
- 22.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3349
- m. Stn. v. 21.08.20
- Nr.: 2020/3394
- 22.2 Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19
- m. Stn. v. 21.08.2020
- Nr.: 2019/3349

Die Anträge zum Tagesordnungspunkt 22, Koordinierungsstelle mit der WGL zur Begrünung von Dächern und Fassaden, Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.01.2020 zum Antrag Nr. 2019/3349, m. Stn. v. 21.08.20, Nr.: 2020/3394, und 22.2, Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 22.11.19, m. Stn. v. 21.08.2020, Nr.: 2019/3349 werden gemeinsam beraten.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zieht den Antrag ihrer Fraktion, Antrag Nr. 2019/3349, zu TOP 22.1 zurück.

Rh. Schweiger (BÜRGERLISTE) ergänzt den Antrag seiner Fraktion, Antrag Nr. 2019/3349 zu TOP 22.2, dass auch nach nordischem Vorbild Flechten und Moose als Dachbegrünungen durch die Gesellschaften bei der Dachbegrünung genutzt werden sollen.

Beschlussempfehlung an den Rat zum Antrag Nr. 2019/3349, TOP 22.2:

Wie Antrag mit vorgenannter Ergänzung

dafür: 5 (2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 DIE LINKE.LEV)
dagegen: 12 (6 CDU, 5 SPD, 1 FDP)
Enth.: 1 (Aufbruch Leverkusen)

Im Anschluss an die Abstimmung gibt Herr Bartels (FDP) zu Protokoll, dass die EVL und die WGL das Mieterstrommodell überall da, wo es möglich ist, eigenständig umsetzen sollten.

Rf. Arnold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) gibt zu Protokoll, dass dies als deutliches Signal im Rahmen eines Weisungsbeschlusses an die Gesellschaften weitergegeben hätte werden können. Rh. Miesen (CDU) stellt dar, dass dies immer Thema bei den Aufsichtsratssitzungen der Gesellschaften ist, sodass es keiner Weisung bedarf.

23 Luftqualität in Schulen

23.1 Wirksame Durchlüftung von Unterrichtsräumen
- Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 17.08.2020
- Nr.: 2020/3838

23.2 Luftqualität in Klassenzimmern
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2020
- Nr.: 2020/3840

24 Nachrüstung Belüftungsanlagen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2020
- Nr.: 2020/3863

Frau Biermann-Tannenberger (CDU) stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Tagesordnungspunkte 23, Luftqualität in Schulen, 23.1, Wirksame Durchlüftung von Unterrichtsräumen, Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 17.08.2020, m. Stn. v. 31.08.2020, Nr. 2020/3838, 23.2, Luftqualität in Klassenzimmern, Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2020, m. Stn. v. 31.08.2020, Nr. 2020/3840 sowie 24, Nachrüstung Belüftungsanlagen, Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2020, Nr. 2020/3863 gemeinsam zu beraten.

Hiergegen regt sich im Ausschuss kein Widerspruch.

Frau Beigeordnete Deppe führt aus, dass im Rahmen des Corona-Krisenstabs zurzeit alle Lüftungsanlagen an Schulen und Kitas inklusive der Turnhallen geprüft werden. Frau Kümmel (65) ergänzt, dass dies in Abstim-

mung mit dem Fachbereich Medizinischer Dienst (53) erfolgt. Grundsätzlich ist, so Frau Kümmel (65), zwischen Umluft- und Abluftanlagen zu unterscheiden; in Klassenräumen erfolgt die Lüftung über die Fenster. Frau Kümmel (65) stellt dar, dass in einigen Schulen bereits CO²-Ampeln im Einsatz sind; grundsätzlich bietet es sich im Schulbetrieb an, z.B. über Timerfunktionen. auf Mobiltelefonen der Lehrkräfte, an das regelmäßige Lüften während der Unterrichtsstunden zu erinnern.

Frau Kronenberg (DIE LINKE.LEV) schließt sich in Bezug auf den Antrag ihrer Gruppe zu Tagesordnungspunkt 23.1 der Stn. der Verwaltung an.

Rh. Ippolito (SPD) fasst die Anträge zu 23.1, 23.2 und 24 im Diskussionsergebnis wie folgt zusammen:

1. Es werden die Maßnahmen der Verwaltung unterstützt, die bestehenden Lüftungsanlagen in Schulen, Kitas und öffentlichen Gebäuden gemeinsam mit dem FB Medizinischer Dienst (53) zu überprüfen und so zu optimieren, dass eine Keimverbreitung ausgeschlossen ist. Hierbei wird zwischen Abluft-, Umluft- und Klimaanlage unterschieden. In Schulen werden neben den Klassenzimmern auch die Lehrerzimmer, Toilettenanlagen sowie Turnhallen überprüft.
2. Die Verwaltung beschafft zunächst testweise einen Teil der geforderten CO²-Ampeln für Schulen, um so Kosten, Lieferzeiten, aber auch die praktische Anwendung und den Nutzen zu überprüfen.
3. Es werden für alle Maßnahmen sämtliche Finanzierungs- und Zuschussmöglichkeiten geprüft. Dies schließt auch das Bundesprogramm zur Nachrüstung von Umluft betriebenen raumlufttechnischen Anlagen ein. Vorrangig sollen hier die Anträge im Bereich notwendiger Umrüstungen in Schulen, Kitas und anderer Gemeinschaftseinrichtungen gestellt werden.

Beschlussempfehlung an den Rat zu den Anträgen Luftqualität in Schulen, Wirksame Durchlüftung von Unterrichtsräumen, Antrag der Gruppe DIE LINKE.LEV vom 17.08.2020, m. Stn. v. 31.08.2020, Nr. 2020/3838, Luftqualität in Klassenzimmern, Antrag der SPD-Fraktion vom 28.08.2020, m. Stn. v. 31.08.2020, Nr. 2020/3840 sowie Nachrüstung Belüftungsanlagen, Antrag der CDU-Fraktion vom 28.08.2020, Nr. 2020/3863

Wie Anträge mit vorgenannten Änderungen

- einstimmig -

- Nr.: 2020/3864

Der verspätet gestellte Antrag wird nicht auf die Tagesordnung aufgenommen (vgl. Tagesordnungspunkt 1).

Bericht der Dezernentin

Frau Beigeordnete Deppe hat bereits im Laufe der Sitzung Teilberichte abgegeben (vgl. Tagesordnungspunkte 7.1, 7.2 zum Thema Vergnügungsstättenkonzept sowie Tagesordnungspunkt 10 zum Thema der gpa-Untersuchung beim Fachbereich Gebäudewirtschaft).

Frau Beigeordnete Deppe informiert jetzt den Ausschuss weiter wie folgt:

- Mobilität -

Teilnahme der Stadt Leverkusen am Projekt "Wirksamkeit strategischer Verkehrsplanung und Verkehrspolitik" (WiVer) der Technischen Universität Dortmund (TU Dortmund)

Die Stadt Leverkusen nimmt ausgehend vom „Zukunftsnetz Mobilität“ an dem Projekt „Wirksamkeit strategischer Verkehrsplanung und Verkehrspolitik“ (WiVer)“ der Technischen Universität Dortmund (TU Dortmund) teil.

Der Lehrstuhl der TU Dortmund, Fakultät Raumplanung unter der Leitung von Herrn Prof. Dr.-Ing. Christian Holz-Rau, untersucht zurzeit im Projekt WiVer die Erfolge und Misserfolge der Verkehrsplanung und Verkehrspolitik anhand von neun Untersuchungsstädten und einer Gemeinde in Deutschland sowie von vier Städten aus dem europäischen Ausland.

Untersucht werden die Städte Dortmund, Bonn, Münster, Karlsruhe, Freiburg im Breisgau, Leverkusen, Darmstadt, Lünen, Bocholt und die Gemeinde Alf-ter.

An europäischen Städten sind mit dabei Wien, Zürich sowie Utrecht und Houten in den Niederlanden.

Das Projekt WiVer ist auf insgesamt drei Jahre ausgerichtet und beschäftigt sich dabei mit folgenden Themen:

- Wie groß sind die Unterschiede in den Verkehrsstrukturen unterschiedlicher Städte?
- Wie wirksam sind dabei die Verkehrsplanung und die Verkehrspolitik?
- Sind die Ziele, Strategien, Instrumente und Verfahren angemessen?
- Welchen Beitrag können Städte und Gemeinden zu einer Mobilitäts- und Verkehrswende leisten?

Machbarkeitsstudie Wasserbus auf dem Rhein

Im Februar 2020 wurde ein Team aus vier Büros beauftragt, die Machbarkeitsstudie zu einem Wasserbussystem auf dem Rhein (Köln, Leverkusen und Wesseling) zu erstellen. Der Fokus liegt auf den verkehrlichen Fragestellungen, wird aber auch maßgeblich beeinflusst durch die Besonderheiten des Verkehrsträgers Schiff.

Während die Büros PTV (**P**lanung/ **T**ransport/ **V**erkehr) aus Karlsruhe große Erfahrung bei der Erstellung von Machbarkeitsstudien zu verkehrlichen Themen haben, können die Büros Rebel und APPM zusätzlich Erfahrungen zum Schiffsverkehr und enge Kontakte nach Rotterdam und Antwerpen mitbringen. Die dortigen Wasserbus-Systeme dienen als ein Beispiel einer gelungenen Umsetzung.

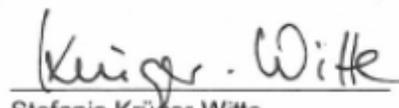
Aufgrund der Corona-Pandemie fand der erste Sitzung des Lenkungskreises erst in der 34. KW statt. Die Büros sind mit den einzelnen Arbeitspaketen aber im vorgegebenen Zeitrahmen. Anfang des kommenden Jahres ist ein interfraktioneller Arbeitskreis der drei Städte in Form einer „Akteurskonferenz“ geplant, bei dem ein erster Zwischenbericht vorgelegt wird.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 5/2020)

Es werden keine Zusatzanfragen gestellt.

Rh. Ippolito (SPD) schließt die Sitzung gegen 18:40 Uhr.


Rh. Ippolito
Vorsitzender des Ausschusses für
Stadtentwicklung, Bauen und Planen


Stefanie Krüger-Witte
Schriftführerin

Nichtöffentliche Sitzung

Es wird keine nichtöffentliche Sitzung eröffnet.